

Radarturm für Flugabwehr gesprengt

Was geschieht mit dem einst militärisch genutzten Gelände ?

-mw- WEIDENHAHN. „Wir wollen hoffen, daß er auch kippt“, meinte gestern Egon Karle, Leiter des Sonderlehrgangs für „Sprengberechtigte - Anwärter des Bergungsdienstes“ vor der Sprengung eines der Radartürme der ehemaligen Flugabwehranlage Obersayn in der Gemarkung Weidenhahn. Um 15.26 Uhr konnten dann die zahlreichen Zuschauer aus sicherer Entfernung beobachten, wie das Bauwerk mittels acht Kilogramm gewerblichen Sprengstoffs (Ammon-Gelit 2) „niedergelegt“ wurde.

Da bei der Bundeswehr für Sprengungen ein 1000 Meter Sicherheitsradius vorgeschrieben ist, dieser aber die Ortschaft Düring berührt hätte, wurde die Sprengung mit dem Technischen Hilfswerk Neuwied und der Katastrophenschutzschule des Bundes aus Bad Neuenahr-Ahrweiler koordiniert.

Im Westerwaldkreis wird die Frage der Verwertung ehemals militärisch genutzten Geländes immer aktueller. In der Gemarkung von Weidenhahn wird die ehemalige Feuerleitstation nicht mehr genutzt. Nachdem es in der letzten Zeit Schwierigkeiten gab, weil Unbefugte das Gelände betreten hatten und zum Teil Zerstörungen anrichteten, andererseits auch gefährdet sein könnten, hat die Bundestagsabgeordnete Gudrun Weyel ein Gespräch mit der zuständi-



Wie geplant kippte bei der Sprengung der ausgediente Radarturm der ehemaligen Flugabwehranlage Obersayn in der Gemarkung Weidenhahn.

gen Standortverwaltung Westerburg geführt, an dem auch Bürgermeister Albert Schmidt aus Selters und Ratsmitglied Jürgen Nestler aus Freilingen teilnahmen.

Inzwischen ist das ehemalige Trafohäuschen abgetragen, die Gebäude sind leer, zum Teil zerstört, der erste Turm wurde gestern gesprengt. Die Überlegung, einen dieser Türme als Aussichtsturm auszubauen, ist nach Beratung mit Fachleuten der Kreisverwaltung aufgegeben worden. Der Kostenaufwand ist vermutlich so hoch, wie bei einem Neubau.

Die Gemeinde Weidenhahn hat ein vertraglich vereinbartes Rückkaufrecht. Zur Zeit verhandelt der Haushaltsausschuß des Bundestages mit dem Bundesfinanzminister über die Bedingungen solcher Rückkäufe.

Nun ist die Frage zu lösen, wo der Bauschutt deponiert werden kann. „Entsprechende Verhandlungen über die Kosten der Schuttbeseitigung müssen jetzt geführt werden“, so der Ortsbürgermeister von Weidenhahn, Michael Rosselli. „Da aber die Gemeinde dafür kein Geld hat, gehe ich davon aus, daß die Entsorgung vom Bund getragen wird.“

Übrigens: Obwohl das Gelände nicht eingezäunt ist, darf es nicht betreten werden. Eltern sollten auf ihre Kinder achten.

Foto: Werner